Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

7.2.1892 (No. 30)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 2 Mk. 64 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Akademiestraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 30. Sonntag, den 7. Februar 1892.

Die politische Lage in Baden

wird von berufener Seite in folgender übersichtlicher und treffender Weise in der „Köln. Volksztg." geschildert:

Kaum irgendwo anders als in Deutschland werden die Berliner Vorgänge der letzten Tage mit lebhafterem Interesse verfolgt und erörtert als in Baden. Die Stellung des Nationalliberalismus im politischen und staatlichen Leben ist ja bei uns die Frage, die alles beherrscht. Sie hängt auf's Innigste mit der andern Frage zusammen, welches Schicksal dem gegenwärtigen Ministerium in Aussicht steht. Fällt dasselbe, so ist die Macht des Nationalliberalismus gebrochen. Das Ministerium selbst ist einzig deshalb noch existenzfähig, weil der Landesherr es hält. Einen andern Halt hat es nicht: weder in sich selbst, noch am Vertrauen des Volkes oder einer in und durch sich selbst starken Partei. Unser Großherzog soll in den letzten Tagen bei seinem kaiserlichen Neffen in Berlin dem Liberalismus das Wort geredet haben. Anderwärts mag man sich über diesen Schritt gewundert haben, in Baden nicht. Er entspricht ganz und gar der persönlichen Stellungnahme des Großherzogs. Diese allein erklärt den Fortbestand des Ministeriums Turban und den andauernden Einfluß der nationalliberalen Partei. Je mehr nun aber der Widerstand des Volkes gegen die Machtstellung des Nationalliberalismus anwächst, desto mehr spitzt sich die Lage zu. Es ist kein Geheimniß, daß der Großherzog seit der großen Schwenkung im Jahre 1890 ein gewisses Mißtrauen gegen die kirchentreuen Katholiken hatte, das natürlich gar sich unbegründet ist. Die Ausnutzung desselben hat jedes Mal eine große Rolle gespielt, so oft das Centrum durch glänzende Wahlerfolge einen Stoß gegen den Nationalliberalismus führte. Bis jetzt ist es jedes Mal gelungen, den Großherzog über die Schlußfolgerungen hinwegsehen zu lassen, zu welchen die nationalliberalen Wahlniederlagen drängten. Als im Februar 1890 kein einziger Nationalliberaler in den Reichstag kam, da schien es unvermeidlich, daß auch die Stellung des Ministeriums Turban erschüttert wurde. Das war jedoch nicht der Fall. Es gelang, die Katholiken als Verbündete der radikalen Umsturzmänner erscheinen zu lassen, denen auch nicht ein Schatten von Zugeständnissen gemacht werden könne. Ja, es wurde sogar von der badischen Residenz aus über diese angeblich gefahrdrohende Haltung der Katholiken in Rom Klage geführt. Die Centrumserfolge bei den Landtagswahlen 1891 reihten sich würdig an. Durch sein gewagtes Eingreifen in den Wahlkampf hat das gründlich geschlagene Ministerium sich auf's Aergste kompromittirt und den Großherzog in eine peinliche Lage gedrängt. Abermals wagte das Ministerium nicht im Geringsten Miene, aus der Niederlage praktische Folgerungen zu ziehen. Abermals blieb es von oben herab ungefährdet. Auch jetzt wieder wurde das siegreiche Centrum mit gleichem Erfolge verdächtigt, wenn auch unter anderem Titel. Unser Großherzog wird sehr unangenehm berührt, wenn Jemand auf ihn den Eindruck macht, daß er ihm etwas abnöthigen wolle. Daran ist s. Z. Jolly zu Fall gekommen. Unter diesem Titel hat man im letzten Spätjahr das Centrum verdächtigt — leider nicht ohne Erfolg. Wir sollen Diejenigen sein, die dem Großherzog die Erfüllung unserer Wünsche abzwingen, in die Rechte der Krone eingreifen, ja sie zu einem Schatten herabdrücken wollen. Noch ein anderes Manöver hat man inszenirt. Es ist bekannt, in welcher Weise das Ministerium den Landesherrn in den Wahlkampf gezogen hat. Die Regierungspresse hat nicht versäumt, diese That nach allen Richtungen hin auszunützen. Diesem Unfug ist dann die Centrumspartei entschieden und mit ersichtlicher Wirkung entgegengetreten. Diese Abwehr gab nun der Perfidie der Gegner Vorwand, die Centrumspresse als derjenige hinzustellen, welche auch vor der Person des Landesherrn nicht Halt mache. Mit dieser Verdächtigung hat man leider Erfolg gehabt. So erklärt es sich, daß das Ministerium Turban weiter gehalten wurde.

Inzwischen tagt seit Mitte November der Landtag. Bis jetzt kann man nicht sagen, daß das Ministerium zur Besserung seiner Lage beigetragen hätte; durch seine Schuld ist die Luftströmung der Opposition wesentlich schärfer und rauher geworden und sein Auftreten hat nicht am wenigsten dazu beigetragen, die Einheit und Einigkeit innerhalb der Centrumsfraktion so fest zu machen, wie man sie nur wünschen kann. Vor dem Lande aber hat das Kabinet sich Blößen gegeben, die auch in liberalen Kreisen das Vertrauen zu ihm gemindert und den Glauben an seine unveränderte Fortdauer erschüttert haben. Gerade die nationalliberalen Abgeordneten klagen, daß es Klarheit, Festigkeit und Zusammenhalt vermissen lasse. Bisher ist es ihnen gelungen, die reduzirte Schaar an die HH. Kiefer und Fieser unter der Parole zu fesseln, daß Alles verloren sei, wenn sie nicht fest zusammenstehen. Je weniger zuverlässig der Rückhalt an einer in sich einigen und kräftigen Regierung wird, desto mehr wächst die Gefahr, daher die Unzufriedenheit. Namentlich waren sie ungehalten über die schwächliche Haltung der Regierung in der Frage eines vierten Ministeriums. Es war den Ministern außerordentlich viel daran gelegen, eine möglichst große Mehrheit für die Regierungsforderung zu bekommen — weniger aus Rücksicht auf die Stimmung unten als vielmehr auf die Stimmung oben. Das erklärt den Umstand, daß der Staatsminister zwei Mal in der Kommission erschien und das letzte Mal sämmtliche Minister mitnahm, wobei sich Letztere zu Erklärungen bestimmen ließen, die sie inzwischen sicher bereut haben. Nach denselben könnte keiner von ihnen neben seiner Stellung als Ressortminister noch noch die des Staatsministers bekleiden, ohne daß eine neue Vertheilung der verschiedenen Ressortgeschäfte vorausgegangen wäre. Die erhoffte Wirkung dieser Erklärungen blieb indessen vollständig aus. Es war nun in hohem Grade überraschend, daß bei der Entscheidung in der Kammer der schwache Staatsminister Turban allein die Sache vertrat. Turban machte ganz den Eindruck eines von seinen Kollegen aufgegebenen Mannes. In Uebereinstimmung mit dem Abg. Wacker sprach selbst der nationalliberale Abg. Fieser seine Verwunderung über das Fernbleiben der übrigen Minister aus. Und Turban selbst hat in den 16 Jahren, seitdem er leitender Minister ist, in der Vertheidigung einer Regierungsforderung nie schwächer sich gezeigt, als in dieser für ihn persönlich so wichtigen Angelegenheit. Darüber herrscht in allen Lagern die gleiche Meinung.

Neben Turban steht der „Leiter des Ministeriums des Innern", Dr. Eisenlohr, am meisten im Vordergrund. Er wird mit gutem Grund von den Oppositionsparteien am meisten bekämpft, weil er zu jeder Zeit den ausgesprochensten Parteistandpunkt vertreten hat. Er ist ein Mann mit viel Talent, großer Arbeitskraft und unermüdlichem Fleiße; am Ministertisch der Kammer aber will es ihm nicht gelingen, den nationalliberalen Parteimann hinter dem Minister zurücktreten zu lassen oder gar sein heftiges Temperament etwas zu beherrschen. Dieser doppelte Mangel hat ihn seit Beginn der Kammertagung einige Male in Lagen gebracht, die einer Bloßstellung im Lande gleichkommen. An höchster Stelle ist man für solche Vorkommnisse sehr empfindsam, und wenn auch Eisenlohr in hoher Gnade steht, so haben wir es doch schon wiederholt erlebt, daß Minister überraschend schnell in Ungnade gefallen sind.

Die Haltung der nationalliberalen Fraktion im Allgemeinen, wie namentlich Einiges, was die hervorragendsten Mitglieder derselben — Lamey, Kiefer und Fieser — persönlich anging, hat die öffentliche Kritik herausgefordert, nicht bloß im feindlichen Lager. Es ist ganz undenkbar, daß nicht auch in den obern Regionen der Eindruck ein ähnlicher ist. Bei den Wechselbeziehungen zwischen Regierung und Partei muß das Ministerium Turban einen Antheil am Schaden mit in Kauf nehmen. Trotzdem ist es zur Zeit gegenstandslos, von Ministerkrisis zu sprechen. Im April wird der Großherzog sein vierzigjähriges Regierungs-Jubiläum feiern. Gehen die Erwartungen in Erfüllung, die man in der Umgebung Turban's hegt, so wird sich bei diesem Anlasse das Füllhorn der Gnade über ihn ergießen und es ihm erleichtern, seinen Platz einem Andern zu überlassen. Das darf als ausgemacht gelten, wenn die Ablösung auch nicht unmittelbar darauf erfolgt.

Aber sein Nachfolger wird, weiß zur Zeit sicherlich der Großherzog selber noch nicht. Jedenfalls aber wird die Frage der Nachfolge nur einen persönlichen, nicht einen politischen Charakter haben. Ein Systemwechsel oder auch nur eine merkliche Schiebung etwa nach rechts steht für die nächste Zukunft nicht zu erwarten. Die mehrerwähnte Berufung des gegenwärtigen badischen Gesandten v. Brauer in Berlin in's Ministerium ist keineswegs unwahrscheinlich, obwohl die Regierung in einige Verlegenheit käme, eine geeignete Persönlichkeit für den Berliner Posten zu finden. An seine Ernennung zum Minister des Innern wäre nicht zu denken. Stelle seine Berufung gar Wahrheit werden, so wäre die Erklärung dafür keinenfalls in seiner „konservativen" Richtung zu suchen, sondern in seiner Verheirathung mit einer Dame aus den Hofkreisen der badischen Residenz. Auch mit ihm würde das Ministerium die nationalliberale Färbung behalten. So sieht es bei uns in Baden, anderwärts ist es anders.

Deutschland.

Berlin, 5. Februar.

Der Kaiser hat dem italienischen Ministerpräsidenten Marchese di Rudinì den Schwarzen Adlerorden verliehen.

— Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich mit dem bekannten Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen bezüglich der Soldatenmißhandlungen und nahm eine von den Konservativen und dem Centrum eingebrachte Resolution auf Einführung von größerer Publicität des Militärstrafverfahrens und Erleichterung des Beschwerdewesens an. Ein freisinniger Antrag auf vollständige Aenderung des Strafverfahrens wurde abgelehnt.

— Der von uns gestern unter „Neueste Nachrichten" erwähnte Erlaß des Kaisers vom 6. Februar 1890, Soldatenmißhandlungen betreffend hat folgenden Wortlaut: „Ich habe aus den Mir vorliegenden Berichten der kommandirenden Generäle betreffend Nachweise über die Strafen wegen Mißhandlung Untergebener ersehen, daß die Bestimmung der Ordre von 1. Februar 1843 noch nicht durchweg in dem Geiste aufgefaßt und gehandhabt wird, in dem sie gegeben ist. In Meiner Armee soll jedem Soldaten gerechte und würdige Behandlung zu Theil werden. Dies soll die wesentliche Grundlage bilden, um in denselben dienstfreudigste Hingebung an den Beruf, Liebe und Vertrauen zu den Vorgesetzten zu wecken und zu fördern. Treten Fälle von fortgesetzten systematischen Mißhandlungen Untergebener hervor, so haben Mir die kommandirenden Generäle bei Einreichung der Nachweisungen zu berichten, welche Vorgesetzten die Verantwortung mangelhafter Beaufsichtigung trifft, und was ihrerseits dagegen geschehen ist. Sie haben hiernach das Erforderliche zu veranlassen und den kommandirenden Generälen dies zugehen zu lassen.

Den 6. Februar 1890. Wilhelm.

An den Kriegsminister."

Ausland.

Wien, 5. Febr. Der Finanzminister Steinbach nannte einem österreichischen Abgeordneten gegenüber den 1. März als den äußersten Termin für den Zusammentritt der Valutaregulirungs-Enquete. — Die Kriegsverwaltung ordnete eine regere Pflege religiöser Uebungen für die Offiziere und Mannschaften an.

Paris, 5. Febr. Der „Polit. Corresp." wird von hier gemeldet, die Flotte zur Vertheidigung Korsika's werde verstärkt. Aehnliche Maßregeln würden bezüglich der Vertheidigung der algerischen Küste verfügt.

Montidier, 5. Febr. Der Gerichtshof fällte sein Urtheil in Sachen der Einsetzung des Papstes zum Universalerben seitens der Marquise Plessis-Bellière dahin, daß der Papst ungeachtet der Vorgänge von 1870 Souverain sei und als solcher in Frankreich erben könne. (Das Testament der Dame, die dem Papst ihr mehrere Millionen betragendes Vermögen vermacht hatte, war von ihren Verwandten angefochten worden. Der Prozeß schwebt schon lange; er drehte sich schließlich um die Frage, ob der Papst noch als Souverain zu betrachten und als solcher in Frankreich erbberechtigt sei. Die Frage ist jetzt vom Appellhof zu Gunsten des Papstes entschieden.)

Brüssel, 5. Febr. Gestern Abend um 10 Uhr fand eine socialdemokratische Versammlung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts statt. Volders drohte mit dem Generalausstand und kündigte Kundgebungen an. Anderer Redner drohten mit der Revolution, wenn nicht das Wahlrecht bewilligt werde. Später durchzogen 1500 Socialdemokraten die Straßen, die Carmagnole singend und rufend: Nieder mit dem Pappdeckelkönig! Es wurden keine Verhaftungen vorgenommen.

Petersburg, 5. Febr. Nach polnischen Blättern verbot der Gouverneur von Volhynien den katholischen Geistlichen die Abhaltung von Predigten in polnischer Sprache.

Der Emir von Buchara theilte dem Generalgouverneur von Turkestan mit, daß er, da er von der Noth in einigen Gegenden Rußlands gehört habe, als Beweis seiner Ergebenheit für den russischen Thron dem Thronfolger 100,000 Rubel zur Verfügung stelle.

Mailand, 5. Febr. Unbeschäftigte Arbeiter geriethen mit der Polizei vor der Suppenanstalt der Gemeinde in Konflikt. Die Polizei wurde von den Arbeitern angegriffen und gebrauchte ihre Revolver. Mehrere Personen wurden verwundet.

Madrid, 5. Febr. In der gestrigen Sitzung des Senats erklärte der Minister des Aeußern, der Herzog von Tetuan, daß Gerücht von einer Verletzung des spanischen Gebiets in der Nähe von Gibraltar durch englische Soldaten für unbegründet.

Im Sturme geläutert.

26) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Es dauerte aber keine Woche, so fand die Königin auch selbstständig Gefallen an Lucie, deren geistige Frische und harmlose Naivetät von dem am Hofe üblichen Tone mächtig abstachen. Im Anfange fiel das der Königin auf; das Mädchen, das seit drei Monaten in Paris lebte, das während dieser Zeit drei bis viermal bei Hofe war, und jetzt plötzlich in die unmittelbarste Nähe der Königin versetzt wurde, mußte ja fortgesetzt Versuche gegen die Hofetikette machen. Zum Entsetzen der Oberhofmeisterin amüsirte das die Königin, und sie wollte durchaus nicht die Harmlosigkeit dieses Kindes durch Belehrungen und Hinweise gestört sehen.

So kam es, daß Lucie sich, ohne etwas dabei zu denken, Dinge erlaubte, über welche die Damen gewaltig ihre mächtigen Haarthürme schüttelten.

Sie wagte merkwürdiger Weise sogar anderer Ansicht als die Königin zu sein, worüber die Duchesse de Breteuil, als sie es von vertrauter Seite vernahm, die Hände zusammenschlug, aber die Königin fand den Widerspruch allerliebst. In vierzehn Tagen hatte sie die Bekanntschaft der Frau von Tourzelle, der Erzieherin des kleinen Dauphin, gemacht, in drei Wochen war sie die Gespielin des Letzteren und ein paar Tage später war die Königin nicht wenig überrascht, als ihr fünfjähriger Knabe nur noch von seiner lieben Lulu sprach; denn sie verkehrte mit ihm, angesichts einer glücklichen Unwissenheit, darüber, wie man sich den Dauphin von Frankreich gegenüber benimmt, wie mit einem fünfjährigen Kinde, und das that dem kleinen Fratzchen bis in das Innerste hinein wohl.

Wenn indessen der Marquis de Polignac geglaubt hatte, die Protektion der Königin würde ihn in seinen Heirathsplänen vorwärts bringen, so sah er sich wenigstens im Laufe dieser paar Wochen getäuscht. Er konnte fortwährend der Herzogin de Breteuil den Hof machen, die Königin machte einige zarte Anspielungen; aber den Vorstellungen ihrer Tante hörte Lucie gedankig zu und erklärte am Ende, sie fühle sich zum Heirathen noch zu jung und die Anspielungen der Königin verstand sie nicht.

Dagegen sah man den jungen Grafen Duvergier häufiger bei Hofe, woselbst er Lucie öfter zu treffen wußte, als dies dem Marquis de Polignac gelang, den doch sein Hofdienst fortwährend in die Nähe des königlichen Paares rief.

Es war nicht allzusehr zu verwundern, wenn die Königin eines Tages an ihre „liebe Lucie" die Frage richtete, wie sie denn eigentlich mit dem Grafen de Larochejacquelin stehe.

„Wir kannten uns schon als Kinder," antwortete Lucie.

„Ist der Graf mit Ihnen verwandt?"

„Nur ganz weitläufig."

„Waren Sie Nachbarn?"

„Nein, Majestät."

„Wie lernten Sie sich denn da als Kinder kennen?"

„Ich verbrachte den Sommer des Jahres 1787 auf dem Schlosse meines Oheims Charette in der Vendée, und da kam der Herr Graf häufig herüber, um meinen Vetter Louis zu besuchen."

„Und wie alt waren Sie damals?"

„Vierzehn Jahre."

„Und er?"

„Sechzehn."

„Und das nennen Sie sich als Kinder kennen lernen? Lucie! Lucie!" fügte die Königin mit dem Finger drohend lächelnd bei, „man hat bemerkt, daß Sie den Grafen auszeichnen!"

Lucie sah die Königin mit einem naiven Erstaunen an, ohne sich indessen darüber zu äußern, ob sie über die Thatsache erstaunt war, daß man solches bemerkt oder darüber, daß man das auffällig genug gefunden, um es der Königin zu hinterbringen.

„Ich habe von dem Grafen von Provence gehört, daß er gesonnen war, den Dienst meines Gemahls zu quittiren."

Lucie zuckte nur leicht die Achseln, als wollte sie sagen: davon verstehe ich nichts und darum kümmere ich mich nicht.

„Sie scheinen es darauf abgesehen zu haben, Männerherzen zu brechen. Was soll denn unter solchen Umständen Herr von Polignac machen?"

Lucie erröthete bis an die Schläfe, und unwillkürlich entfuhr ihr die Frage: „Hat Ihnen meine Tante davon gesagt?"

Das entsprach weder nach Form noch Inhalt der Hofsitte, und Lucie empfand das, als es heraus war. Mit einer tiefen Verbeugung bat sie die Majestät „ihr zu verzeihen, wenn sie . . ."

„Ei, ei!" sagte die „Oesterreicherin," die sehr liebenswürdig sein konnte. „Du bist eine kleine Hexe, Lulu, denken wir einmal, wir wir ganz unter uns sind, es gäbe gar keine Hofetikette, Du nähmest ein Tabouret, setztest Dich hier mir gegenüber und plauderteß mit mir, wie mit einer älteren Freundin, die es gut meint. Und jetzt denke Dir, die alte Douglas käme . . . aber Kind Du sitzest ja noch nicht!"

„Majestät, sind sehr gnädig," stammelte Lucie.

„Ach, es ist so billig gnädig zu sein; seufzte die Königin. „Aber es darf es Niemand sehen, als Gott. Ich glaube, die Douglas fiele in Ohnmacht, und wenn sie wieder zu sich gekommen, würde sie mich bei meinem Gemahle anklagen . . . Aber so setze Dich doch!" fügte die Königin im Tone leichten Unmuthes bei.

„Majestät befehlen!" antwortete Lucie immer noch zögernd und holte ein Tabouret.

„Hier, zu meiner Seite."

Endlich saß die Kleine zu Füßen der Königin, die ihre Hand ergriff.

„So, Kind, und jetzt sage mir, was darf ich dem Herrn de Polignac sagen?"

„Ich halte ihn für einen sehr geistreichen und artigen jungen Mann."

„Ist das alles?"

„Eigentlich, Majestät, hat Herr von Polignac mich noch nicht gefragt und so habe ich ihm also im Grunde genommen gar nichts zu sagen."

„Ei, mein Kind, Du eignest Dich auch ganz gut zur Hofmeisterin der Königin."

„Majestät," erwiderte Lucie und wollte sich erheben, aber Marie Antoinette hielt ihre Hand fest.

„Pst! Pst! Ruhig bleiben! Ehe man fragt, möchte man in solchen Fällen wissen, welche Antwort man bekommt."

Lucie wurde verwirrt.

„Ich weiß nicht, Majestät, ob ich auch hier die richtige Form für meine Antwort finde. Meine Tante wünscht eine Verbindung mit dem Marquis. Derselbe ist sehr zuvorkommend gegen mich und sie begünstigt seine Artigkeiten. Ich weiß nicht, wozu das auf die Dauer führen wird; aber bis jetzt ist mein Herz vollständig kalt. Ich liebe ihn nicht, ich hasse ihn nicht; er ist mir gleichgültig."

„Aber für die Zukunft kann er hiernach immer noch einige Hoffnung hegen?" meinte die Königin.

Lucie erröthete, sie schien mit einem Entschluß zu kämpfen. Endlich begann sie:

„Majestät ich bin noch ein halbes Kind, und weiß nicht wie ich mich in solchen Fällen auszudrücken habe. Ich denke aber, ich wäre meiner gütigen Königin vor Allem Wahrheit schuldig."

Maria Antoinette nickte.

„Weiter!"

„Der Marquis hat keine Hoffnung. Ich würde keinen Mann lieben, der auf Umwegen an mich heranzukommen sucht; und einen Mann, den ich nicht liebe, will ich nicht heirathen."

„Glückliche Lulu!"

„Majestät, ich hole mir keinen Gemahl in Paris," fuhr Lucie um vieles muthiger fort. „Ich weiß nicht, woher ich die Kühnheit nehme, das zu sagen; ich bin, wie gesagt, noch ein halbes Kind, und verstehe von solchen Dingen nichts. Aber ich bin in der Provinz erzogen; in der Bretagne, wo die Leute noch an unseren Herrgott glauben und Vater und Mutter seine Autorität repräsentiren."

Jetzt begann die Königin zu erröthen. „Nun?" fragte sie, „und ist hier das nicht der Fall?"

„Nein, Majestät, das ist nicht der Fall. Das ist Hofreligion. Hier kommt zuerst Seine Majestät der König, dann unser Herrgott; bei uns in der Provinz ist's umgekehrt. Aber wir lassen Seine Majestät nach unserem Herrgott leben, und wohin er hier am Ende kommt, das wissen wir nicht."

„Kleine," rief die Königin aufspringend, um Gotteswillen, schweig!"

„Majestät," fuhr Lucie fort, indem sie sich ebenfalls erhob. „Ich bin noch kein halbes Jahr in Paris, und in mein Ohr hat man Fremdartiges gezischelt, von denen ich in der Provinz nie etwas gehört. Wenn ich heirathe, so übergebe ich mich ganz meinem Gemahle. Ich will ihn aber auch ganz haben."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin,** 4. Februar.

Der Reichstag nahm heute das handelspolitische Abkommen mit Spanien und den Nachtragsetat mit Helgoland in dritter, und den Weltpostvertrag nebst verschiedenen dazu gehörigen Einzelabkommen in erster und zweiter Lesung an.

Bei dem letztgenannten Gegenstand feierte Staatssekretär Dr. v. Stephan in längerer Rede die Weltpostverträge und ein wenig auch sich selbst unter Anführung der bekannten imponirenden Zahlenbeispiele. Der Weltpostverein erstreckt sich jetzt auf 50 Millionen Quadrat-Kilometer und 946 Millionen Einwohner. Dem Verein gehören von den civilisirten Staaten nur Russland und China noch nicht an. An dem baldigen Beitritt des Kaiserreichs ist nicht zu zweifeln. An dem Beitritt Chinas liegt nicht so viel, weil die europäischen Postämter in China den wesentlichsten Theil des Postdienstes zu den Sätzen des Weltpostvereins besorgen.

Das Mandat des nationalliberalen Abg. Brüningsen, der vom Landgerichtsrath zum Oberlandesgerichtsrath ernannt worden ist, wurde für nicht erloschen erklärt, weil eine wirkliche Erhöhung im Range mit dieser Titelverleihung nicht verbunden sei und die eingetretene Gehaltserhöhung dem Beförderten auf Grund seiner Kinderzahl zugehalten hätte.

Alsdann setzte das Haus die zweite Berathung des Etats fort beim Etat des Reichsjustizamtes. Hier gab Staatssekretär Dr. Bosse auf Anregung des Abg. Schröder (freis.) Auskunft über die Arbeiten der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch. Der erste Entwurf sei nicht klar, nicht genug verständlich genug, zu doktrinär ausgefallen. Immerhin sei es aber der ersten Kommission gelungen, eine unvergleichliche Grundlage des Gesetzbuches zu schaffen. Die Kritik ihrer Arbeit sei auch von Tag zu Tag milder geworden. Davon, die großartige Arbeit von Grund aus umzustoßen, könne keine Rede sein. Die jetzige Kommission bestehe aus 24 Mitgliedern, die zum Theil schon der alten Kommission angehörten, zum Theil im praktischen Leben stehen. Fast alle politischen Parteien seien in ihr vertreten, ebenso seien die großen Strömungen in der juristischen Welt genau erkennbar. Die große Arbeitsfreudigkeit der Kommission zeige sich schon darin, daß auch die nichtständigen Mitglieder zu jeder Sitzung erscheinen. Der erste Entwurf habe schon dadurch Ausgezeichnetes geleistet, daß er die deutsche Rechtswissenschaft mit allgemeiner Schaffensfreudigkeit angefeuert habe. Alle Arbeiten seien sorgfältig gesammelt und diese gesammelte Kritik bilde gewissermaßen die Grundlage der jetzigen Arbeit. Die Kommission habe es bisher mit dem sehr schwierigen allgemeinen Theile zu thun, der hoffentlich bis Anfang Juli beendet sein werde. Dann werde das Sachenrecht, 1893 das Familienrecht u. s. w. folgen. 1894 glaube man mit der 2. Lesung zu Ende zu kommen, vorausgesetzt, daß die Mitglieder der Kommission das aushielten. Uebereilung sei nicht nöthig, an der Scheide der Jahrhunderte werde hoffentlich das große Werk vollendet sein. Man müsse an das bürgerliche Gesetzbuch keine allzugroßen idealen Anforderungen stellen. Wenn es gelänge, ein praktisches, volksthümliches, einheitliches Recht zu schaffen, so werde das schon ein großer Fortschritt sein.

Der freisinnige Abg. Goldschmidt, welcher der Kommission als nichtständiges Mitglied angehört, sowie der nat.-lib. Abg. v. Cuny, der einer der Juristen in der Kommission ist, fühlten sich natürlich veranlaßt, dem von dem Abg. Schröder vorgebrachten Verlangen, man solle den Rahmen der Thätigkeit der Kommission enger begrenzen, entschieden entgegenzutreten.

Der bei den Juristen des Hauses sichtlich vorhandenen Neigung, eine große Debatte über den Gegenstand einzuleiten, wurde durch einen schleunigst eingebrachten Schlußantrag, menschlings der Odem abgeschnitten. Nach Bewilligung des Titels „Staatssekretär" wurde die Weiterberathung auf morgen vertagt.

Berlin, 5. Februar.

Der Reichstag genehmigte ohne Debatte den Rest des Justizetats. Abg. v. Var (freis.) begründet die von ihm beantragte Resolution über die gesetzliche Regelung der Auslieferung. Staatssekretär Bosse bittet, die Resolution abzulehnen, da in der Praxis bereits dem Antrage entsprechend verfahren würde, indem bei Auslieferungsfällen stets die Vertreter des Reichs in Thätigkeit treten. Die Abgg. Gröber und Frhr. v. Gültlingen erklären sich gegen den Antrag, da derselbe eine Verfassungsänderung erfordere und die Hoheitsrechte der Einzelstaaten angreife. Abg. Hartmann (cons.) spricht gegen den Antrag, die Abgg. Bebel (Soc.) und Meyer-Berlin (freis.) sprechen für denselben, um die unleidliche Rechtsverschiedenheit in den Einzelstaaten zu beseitigen. Abg. Osann beantragt Berathung in der Kommission. Die Abstimmung ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Morgen um 1 Uhr folgt die Fortsetzung der Etatsberathung.

Baden.

Karlsruhe, 5. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 31. Januar 1892 gnädigst geruht, den Postsekretär Georg Ludwig Schatt von Gießen unter Vorbehalt seiner Staatsangehörigkeit zum Oberpostdirektionssekretär bei der Oberpostdirektion Karlsruhe zu ernennen.

Karlsruhe, 5. Febr. Heute Vormittag 9 Uhr 50 Min. ist Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin aus Berlin hier eingetroffen. Höchstdieselbe wurde von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog am Bahnhof begrüßt, wo auch der Oberstallmeister v. Holzing und der Obersthofmeister Freiherr v. Edelsheim zum Empfang anwesend waren. Die Oberstbofmeisterin Frau v. Holzing erwartete Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin im Großherzoglichen Schloß.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm von halb 11 Uhr an den Vortrag des Staatsraths Eisenlohr entgegen und empfing dann den Afrikareisenden Grafen Joachim Pfeil. Nachmittags hörte Höchstderselbe verschiedene Vorträge und nahm hierauf denjenigen des Regierungsrathes Dr. Frhrn. v. Babo entgegen.

Karlsruhe, 4. Febr. Das „Verordnungsblatt" Nr. 9 der großh. bad. Zolldirektion enthält: Die Ausführung der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz betreffend. Personalnachricht.

Karlsruhe, 4. Febr. Das „Verordnungsblatt" Nr. 4 der Generaldirektion der großh. bad. Staatseisenbahnen enthält: Nachrichtendienst bei Hochwasser. Winterfahrplan 1891—92. Personenverkehr. Umrechnungsverhältniß zwischen der Franken- und Markwährung. Krebs- und Fischsendungen nach Frankreich. Schluß der Jagd in Frankreich. Zisternenwagen. Adressenverzeichniß der Wagenverwaltungen. Verzeichniß der zur Wiederverwendung geeigneten, gebrauchten Baumaterialien. Materialtarif für 1892.

** **Karlsruhe,** 6. Febr. Anfang und Schluß der parlamentarischen Woche, die heute zu Ende geht, gehört dem Herrn Minister Dr. Eisenlohr; wahrscheinlich wird er aber keine Freude darob empfinden. Es ist erzählt worden, wie die Montagssitzung mit ihrer langen Verhandlung über die Rheinvorlande einen dramatischen Abschluß gefunden — nicht zum Vortheil des Herrn Ministers.

Heute nun erbat er sich vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, um nach einigen Bemerkungen über die Behandlung der Sache in der Kammer wie in der Presse zu erklären, daß er sich am Montag geirrt habe, wenn er zugestand, er habe den Breisachern versprochen, die Angelegenheit mit den Rheinvorlanden mit Wohlwollen zu prüfen. Er habe kein Wort über die Rheinvorlande gesprochen. Das werde ihm durch einen Brief des Oberamtmanns bestätigt, der sich mit Mitgliedern des Gemeinderathes in's Benehmen gesetzt habe. Nicht von den Rheinvorlanden sei die Rede gewesen, sondern von der Besteuerung des Geländes, welches die Gemeinde auf dem jenseitigen Rheinufer besitze.

Der Abg. Schüler erzählte in größter Ruhe, was ihm in einer Sitzung der Breisacher Gemeinderäthe an einem Samstag Ende Januar mitgetheilt worden sei und bemerkt kurz und gemessen, er bleibe bei dem, was er in der Kammer gesagt habe.

Der Herr Minister sprach nun, gegen alles Herkommen auf den Stufen stehend, welche zum Präsidentenstuhl und zum Ministertisch hinaufführen, noch einmal entgegen, auch seinerseits bei dem beharrend, was er eben erklärt hatte.

Er mochte glauben, der Abg. Schüler werde in der Ueberraschung eingeschüchtert werden und nichts zu sagen wissen. Wenigstens schien er den Wunsch zu hegen, möglichst rasch wieder aus der Kammer zu kommen, ohne daß ein weiteres Wort gesprochen würde. Wie am Montag Geh. Regierungsrath Schenkel, so mußte heute auch er zu seinem Schaden sich überzeugen, daß der Abg. Schüler ein Mann von Ueberlegung ist und zu sprechen weiß. Für den Herrn Minister und die Regierung, die er in der Kammer vertritt, hätte es sich jedenfalls würdiger ausgenommen, wenn er einen Augenblick länger auf seinem Platz geblieben oder wieder an denselben zurückgekehrt wäre, um von dort aus zu sprechen.

Nachdem er zum zweiten Male gesprochen hatte, erhob sich auch Abg. Wacker und bemerkte: Am Schlusse seiner ersten Erklärung habe der Herr Minister versichert, die Breisacher hätten nicht den Eindruck bekommen können, daß er ihnen ein bestimmtes Versprechen gemacht, „da er nur von Wohlwollen gesprochen habe". Das sei ein unwesentlicher Unterschied. Das betonte „Wohlwollen" hätten die Breisacher so aufgefaßt, daß es in ihren Augen einem Versprechen nahezu gleichkam. Er könne nicht gelten lassen, daß dem Herrn Minister hier im Hause oder in der Presse Unrecht geschehen sei. Noch einmal sprach Dr. Eisenlohr mitten im Kammerraum, nahe an der Thüre stehend, Einiges, worauf Abg. Wacker in Form eines Zwischenrufes bemerkte: „Behauptungen hier, Behauptungen dort."

Präsident Lamey machte noch eine Bemerkung zu Gunsten des Ministers, den er als „Ministerialpräsident" titulirte, was bis jetzt noch nicht geschehen war.

Was ist nun von der heutigen Erklärung des Herrn Ministers Dr. Eisenlohr zu halten?

Jedenfalls ist sie dazu angethan, seltsame Gedanken wachzurufen.

1) Nach seiner Versicherung vom letzten Montag hat er nach 40 Jahren zum ersten Male wieder Breisach besucht und er hat es gethan, um persönlich Kenntniß von den Verhältnissen und Bedürfnissen des Bezirkes zu nehmen. Ist es da nicht im höchsten Grade merkwürdig, wenn er ½ Jahr später nicht mehr wissen soll, ob der Gemeinderath der Stadt Breisach in einer für die Stadtgemeinde sehr wichtigen Angelegenheit mit ihm gesprochen hat oder nicht?

Da kann man ja auf den Gedanken kommen, daß ganz andere Sorgen während der Bereisung des Breisacher Bezirkes sein Interesse gefangen hielten, als die Sorgen des Bezirkes.

2. Der Herr Minister gab am letzten Montag die vollständige Richtigkeit dessen zu, was der Abg. Schüler erzählt hatte. Die Anspannungen des Abg. Wacker mochten ihm unangenehm sein; gleichwohl machte er nicht einmal eine Einschränkung. Daß Minister zu ihrem Vortheil sich an Etwas „erinnern," was in Wirklichkeit nicht so war, ist schon vorgekommen; daß sie aber auch zu ihrem Schaden solche „Erinnerungen" haben, hat man noch nicht erlebt.

3. Der aus liberalen Mitgliedern bestehende Gemeinderath von Breisach erzählt die Sache dem Abg. Schüler in officieller Gemeinderathssitzung. Es wird eingehend die Frage erörtert, ob der Herr Minister an seine Zusage erinnert werden sollte. Alle sind darin einig, daß es geschehen soll, nur über die Art und Weise sind nicht alle gleicher Meinung, weil nicht alle gleichen — Muth haben. Abg. Schüler erklärt ihnen, daß er unter Umständen in öffentlicher Kammerverhandlung den Herrn Minister erinnern werde, was namentlich einem der Herren sehr angenehm ist und bei den anderen nicht mehr auf Widerspruch stößt.

Und nun soll von der Sache gar nicht gesprochen worden sein!

4. Nach stattgehabter Kammerverhandlung schreibt der Abg. Schüler an den Gemeinderath oder Bürgermeister von Breisach und theilt mit, daß er sich veranlaßt gesehen habe, den Herrn Minister an die Zusage vom September zu erinnern. Der Gemeinderath schickt ihm ein Dankschreiben, ohne auch nur im Geringsten zu bestreiten oder einzuschränken, was bezüglich dieser Ministerzusage vom Abg. Schüler erklärt worden war.

Und nun soll die Zusage nicht gemacht und überhaupt von der Angelegenheit gar nicht gesprochen worden sein!

Das wäre räthselhaft.

5. Die Breisacher haben sehr große Anstrengungen in Sachen der Rheinvorlande gemacht und zwar nicht erst, seitdem die Kammer beisammen ist. Wenn die Regierung will, ist ihnen die Erfüllung ihrer Wünsche in einer so wichtigen Sache nahezu sicher. Die Hauptentscheidung liegt bei Minister Dr. Eisenlohr.

„Zufällig" kommt dieser Herr nach Breisach selbst, um persönlich Kenntniß zu nehmen von den Verhältnissen und Gelegenheit zu bieten, Wünsche geltend zu machen.

Und da sollen die Breisacher von der Rheinvorlandsfrage nicht gesprochen haben!

Sie reden von der Besteuerung des Ufergeländes jenseits des Rheines.

Und von der ungleich wichtigeren Frage der Rheinvorlande solle nicht die Rede gewesen sein!

Nein! Das wäre mehr als räthselhaft.

** **Karlsruhe,** 5. Febr. **Münch also wiedergewählt und zwar mit erdrückender Mehrheit!** Das ist mehr als eine verlorene Schlacht für die Herren Kiefer, Bassermann und Konsorten; mehr als eine verlorene Schlacht für Minister Eisenlohr; mehr als eine verlorene Schlacht auch für den Oberamtmann von Eberbach. Das Alles gilt um so mehr, als in dem kleinen Friedrichsdorf **die Protestanten in der Mehrheit sind.**

Diese Friedrichsdorfer haben die nationalliberale Kammermehrheit und deren Sprecher sammt dem Minister Eisenlohr gründlich korrigirt.

Die Herren haben stark in sittlicher Entrüstung darüber gemacht, daß Münch verschiedenen Eberbacher Quälgeistern unwahre Dinge sagte, um sie los zu bekommen. Das war nun allerdings weder schön noch recht. Allein ist es denn immer wahr gewesen, was die Herren Kiefer und Genossen, nicht etwa privatim und im Geheimen, sondern in öffentlicher Kammerverhandlung und in feierlichster Form versichert haben? Haben sie gerade in der Eberbacher Wahlangelegenheit sich streng an die thatsächliche, für Jedermann erkennbare Wahrheit gehalten? Und ist immer Alles streng wahr gewesen, was von der Regierungsbank aus in der Kammer versichert wurde, um die Stimmen der Abgeordneten für diesen oder jenen Vorschlag der Regierung zu bekommen? Wenn man an diese Dinge denkt und erwägt, daß gewisse Herren sich darob weder genirten noch in ihrer Stellung wankend geworden sind, noch das Vertrauen ihrer speciellen Anhänger verloren haben, dann wird man es den Friedrichsdorfern kaum verübeln können, wenn sie sich deßhalb noch nicht von ihrem Bürgermeister abwandten, weil er gewisse mehr als unbescheidene Zudringlichkeiten hat „anlaufen" lassen.

Der Mann war „unwürdig", Wahlmann zu sein, ruft der gerechte „Richter" Bassermann in's Land hinaus. Kiefer schreit's ihm nach und der Minister bestätigt es mit Berufung auf „Logik und Vernunft". Nein! sagen die Friedrichsdorfer, hätten wir darüber zu entscheiden, ob die Herren Bassermann, Kiefer und Andere „würdig" sind, Abgeordnete oder Dr. Eisenlohr „würdig", Minister zu sein, so wären wir vielleicht zweifelhaft, ob wir, unserer Ueberzeugung folgend, ihnen das Zeugniß „würdig" ausstellen könnten. Bei unserem Bürgermeister aber sind wir im Reinen. Das Zeugniß, welches Bassermann und Kiefer und Minister Eisenlohr ihm gegeben, ist kein gerechtes: er war würdig und ist würdig, Wahlmann zu sein.

Einen „Schurken" hat Kiefer den Bürgermeister von Friedrichsdorf genannt. Halt! rufen die Friedrichsdorfer mit dem Wahlzettel in der Hand, wir haben keinen „Schurken" als Bürgermeister und je mehr Ihr Herren ihn so schmäht, weil er nicht nach Eurem Willen gewählt hat, desto lauter und allgemeiner rufen wir: es ist nicht wahr und nicht gerecht, was Ihr da mit Berufung auf Eure Stellung als „Richter" in's Land hinausgerufen habt. Es gibt zwar „Schurken" in öffentlichen Stellungen, kleine und große; es werden zwar „Schurkereien" in Baden verübt, ohne daß sie immer Sühne und Strafe im Zuchthaus finden; Friedrichsdorf aber wird nicht von einem „Schurken" regiert und da treibt man auch bei Wahlen keine „Schurkerei".

Dieser Münch hat nicht frei gewählt, sagt der gerechte „Richter" Bassermann, Kiefer sagt's ihm nach und die ganze „Gesellschaft" stimmt mit ein. Nein! sagen die Friedrichsdorfer, er hat gewählt, wie wir selber es gewollt haben. Und weil wir überzeugt sind, daß er wieder so wählen wird, darum wählen wir ihn auch wieder zum Wahlmann.

Eine gründliche Blamage ist diese Eberbacher Geschichte um so mehr, als die Gesellschaft der Herren Kiefer und Fieser nicht einmal an ihrem Kandidaten Knecht festhalten können, dieweil er „nicht reinlich und wohlriechend genug" sein soll.

Der Herr Oberamtmann von Eberbach hätte auch besser die Finger weggelassen oder wenigstens mehr Vorsicht in der Kuswahl des Begleiters auf seiner Agitationsfahrt angewendet.

Und Minister Dr. Eisenlohr hätte das Ansehen und das Interesse der Regierung vor dem Lande sicher besser vertreten, wenn er sich wenigstens nicht aktiv an dem gründlich mißglückten Feldzug betheiligt hätte.

* **Karlsruhe,** 6. Febr. Also Herr Bürgermeister Münch von Friedrichsdorf ist wiederum zum Wahlmann gewählt worden und der bisherige Abgeordnete von Eberbach-Buchen ist von seiner Kandidatur zurückgetreten — wegen eines Ohrenleidens, wie die „Eberbacher Zeitung" berichtet. Aber nun kommt etwas Anderes. Wie wir schon mitgetheilt, haben gestern drei Neuwahlen von Wahlmännern stattgefunden. Der nationalliberale Wahlmann von Moosbrunn war nämlich gestorben und ein nationalliberaler Wahlmann der Stadt Eberbach, der in Folge eines Schlaganfalls seit zwei Monaten das Zimmer nicht verlassen kann, legte schnell sein Mandat nieder. Für diese wurde gestern also Ersatz geschaffen. Ist es nun, fragen wir, gesetzlich zulässig, daß ein kranker Wahlmann sein Mandat niederlegt und an seiner Statt ein anderer gewählt wird? Wir antworten hierauf, dies ist nicht nach dem Gesetz erlaubt. Vorausgesetzt also, daß die Nachricht von dieser unerlaubten Wahltaktik, welche der „Pfälzer Bote" in seiner Donnerstag-Nummer brachte, richtig ist, haben sich die Nationalliberalen in diesem Falle über Recht und Gesetz hinweggesetzt, nur um ihr Parteiinteresse zu fördern. Was sagen denn hierzu die Herren Kiefer, Fieser, Bassermann und Genossen? Auf die Antwort darf man gespannt sein. Erlassen wird sie auf keinen Fall. Wäre, so bemerkt der „Pfälzer Bote" richtig, im vorliegenden Falle ähnlich gehandelt worden, wie in Waldkirch, so würde unser Kandidat, Herr Bürgermeister Kiefer, mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt werden. Welche Mittel gegen die Wiederwahl Münch's angewandt worden sind, geht aus dem Umstande hervor, daß seine Gegner das Gerücht ausstreuten, er dürfe überhaupt nicht wiedergewählt werden; obgleich er im Vollbesitze seiner bürgerlichen Ehrenrechte ist. Und nun dieser Erfolg Münch's.

** **Karlsruhe,** 6. Febr. In der Kommission für Eisenbahnen und Straßen hat sich der Regierungskommissär Fittel über das Projekt einer direkten Verbindung zwischen Offenburg und Kehl mit Stationen in Griesheim und Willstett und Anschluß in Kork nicht günstig, d. h. ablehnend ausgesprochen.

* **Karlsruhe,** 5. Febr. Die „Karlsruher Zeitung" stellt den baldigen Rücktritt des Finanzministers Dr. Ellstätter bestimmt in Abrede. Seine diesbezügliche Aeußerung in der ersten Kammer, die verschiedenen Blättern Veranlassung zu derartigen Kombinationen gegeben, hätte nur den Sinn gehabt, der Befürchtung, daß die beschlossene Steuerermäßigung unter Umständen dem Nachfolger des Ministers Schwierigkeiten bereiten könne, entgegenzutreten. Wir haben diese Aeußerung ebenfalls gehört, und müssen sagen, daß sie sehr bestimmt lautete. Wiederholt sagte der Minister: „wenn ich demnächst von meinem Amte zurücktrete." Daß solche Aeußerungen im Zusammenhalt mit anderen Umständen der letzten Zeit und den vielerlei Rücktrittsgerüchten, von denen nicht blos am Biertisch oder in Parteiversammlungen, sondern in sehr hohen Kreisen gesprochen wird, ernst genommen werden, ist sehr begreiflich.

* **Karlsruhe,** 6. Febr. Der hochw. Dekan des Kapitels Hegau hat einem Mitgliede der Centrumsfraktion folgendes Schreiben übermittelt:

Hochgeehrter Herr Abgeordneter!

Schon längst trug ich mich mit dem Gedanken, Ihnen zu schreiben und den Gefühlen der Hochachtung und Bewunderung, von denen ich für Sie, sowie für die übrigen Landesboten des Centrums erfüllt bin, wärmsten Ausdruck zu geben. Allein die vielen Berufsgeschäfte ließen den Plan nicht zur Ausführung gelangen. Doch da erfolgt der Fieser'sche Affront! Es war vorauszusehen, daß derselbe einen Schrei der Entrüstung im badischen Klerus hervorrufen werde. Und er ließ in der That nicht auf sich warten. Nun möchte auch ich nicht mehr schweigen. Ich habe zwar jenem Fieser'schen Kraftspruche keine besondere Bedeutung beigelegt, sondern ihn für einen jener anspruchsvollen Phrasen angesehen, an denen der Liberalismus so reich ist. Und daß letzterer meint, er sei unser Herrgott selber und die ganze Welt müsse vor ihm in Ergebenheit ersterben, ist ja auch sattsam bekannt. Und daß derselbe Liberalismus mit Staat und Vaterland sich zu identificiren gewohnt ist, weiß man ebenfalls zur Genüge, wie nicht minder, daß er allen Personen, die nicht in's liberale Horn blasen, die Existenzberechtigung aberkennt, oder höchstens ein Billet in's Ausland zukommen lassen möchte. Derartige Dinge sind uns, wie gesagt, nichts Neues. Aber es ist doch auch nützlich und nothwendig, in gewissen Fällen — und ein solcher ist der vorliegende — mit aller Entschiedenheit und Energie aufzutreten und zu zeigen, daß der badische Klerus nicht gewillt ist, sich ständig zum Prügelknaben herzugeben und daß in demselben noch keineswegs alles Ehr- und Standesgefühl erstorben ist. Wahrhaftig, wir haben uns seit dreißig Jahren schon mehr als genug gefallen lassen; aber Alles hat seine Grenzen, auch die Langmuthsgeduld des badischen Klerus! Und so protestire auch ich, nach Besprechung mit der Vorstandschaft des Kapitels Hegau im Namen dieses Kapitels gegen jene gänzlich ungerechtfertigte und tief verletzende Unterscheidung des badischen Klerus in staatsfreundlich und staatsfeindlich. Weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart hat der Klerus unserer Erzdiözese Anlaß zu solcher Unterscheidung gegeben. Leben nicht heute noch Männer unter uns, die bereits den Schnee des Alters auf dem Haupte tragen, die aber in bangvollen Zeitläuften selbst mit Gefahr ihres Lebens die Treue gegen Fürst und Vaterland hochgehalten? Und bildet nicht einen wesentlichen Theil unserer beruflichen Thätigkeit, Jugend und Volk in der Liebe und Treue gegen Fürst und Vaterland großzuziehen und zu bewahren? Wo ist also der staatsfeindliche Theil des katholischen Klerus im Lande Baden? Wahrlich, unwillkürlich schwillt die Zornesader an, angesichts eines solchen ungerechten Vorwurfes! Was wir bekämpfen und bekämpfen werden bis zum letzten Athemzuge, das ist der moderne Liberalismus, weil gerade er es ist, den wir für Thron und Altar, für Fürst und Vaterland als das größte Unglück ansehen! Doch deßwegen sind wir noch lange nicht staatsfeindlich, es müßte denn nur jener verpönte Ausspruch Ludwigs XIV. l'état c'est moi, Der Staat bin ich! auf den Liberalismus übergegangen sein. Mit dem Proteste gegen jene unqualificirbare Verdächtigung des badischen Klerus sei zugleich verbunden der wärmste Dank, der hiermit den Centrumsabgeordneten im badischen Landtage ausgesprochen sein soll für ihr muthiges und entschiedenes Auftreten in Vertheidigung der Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche und des katholischen Volkes.

Namens des Kapitels Hegau:
K. Schlee, Dekan.

Arlen, den 30. Jan. 1892.

** **Karlsruhe,** 5. Febr. Die beiden Kapitel Neuenburg und Wiesenthal haben an die Centrumsfraktion folgendes Schreiben gerichtet: „Der Staat bin ich", so sprach Ludwig der Vierzehnte, und: „Der badische Staat sind wir, die Nationalliberalen", so spricht der Abgeordnete Fieser, „wenn wir auch im Reichstage keinen einzigen Vertreter und im Landtage nur eine auf zwei Augen beruhende Mehrheit haben; darum dem staatsfreundlichen d. h. nationalliberalen Klerus jedes Entgegenkommen, dem oppositionellen als staatsfeindlichen gar keines."

Gegen solche unqualificirbare, aber echt nationalliberale Aeußerung dieses Herrn protestiren mit aller Entschiedenheit die unterzeichneten katholischen Geistlichen der Kapitel Neuenburg und Wiesenthal, gegen die dadurch erhobene Beschuldigung, als ob eine Opposition gegen das in Baden herrschende nationalliberale Regiment auch feindliche Gesinnung gegen Fürst und Land in sich schließe. Die Geschichte und ganz speciell die des badischen Landes lehrt, daß staatsfeindliche Gesinnung, Aufruhr und Empörung nie von Seiten der gläubigen Katholiken und am allerwenigsten ihrer Seelsorger ausging und dürfte Herr Fieser wohl alt genug sein, um zu wissen, auf welcher Seite er suchen muß, wenn er thatsächliche Feindseligkeit gegen Badens Fürst und Regierung finden will. Oder meint Herr Fieser vielleicht ähnlich wie sein Gesinnungsgenosse Kiefer dies beim Lehrerstande versuchte, durch Niederhängung des Brodkorbes den badischen kathol. Klerus zu nationalliberaler Gesinnung bekehren zu können? Da sollten ihn doch die Tage des Kulturkampfes unter Jolly's Regiment eines Bessern belehrt haben, wenn er überhaupt in dieser Beziehung noch einer Belehrung zugänglich ist.

Der Centrumspartei des badischen Landtages und speciell dem Herrn Abgeordneten Wacker aber sprechen die Unterzeichneten gleichzeitig mit ihrem energischen Proteste gegen Fieser und Genossen ihre hohe Genugthuung und freudige Zustimmung aus für ihr bisheriges entschiedenes Auftreten gegen die Anmaßungen des Nationalliberalismus und geben sie der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß auch ferner die Fahne des Centrums im badischen Landtage hochgehalten und wie bisher unerschütterlich eingetreten werde für dessen Devise: Für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Basel, den 3. Februar 1892.

(Folgen die sehr zahlreichen Unterschriften.)

Badischer Landtag.

▲ **Karlsruhe,** 5. Februar.

7. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Vicepräsident v. Bodman eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Ellstätter, Ministerialdirektor Seubert.

Auf der Tagesordnung steht die Begründung event. Berathung der Anträge des Freiherrn v. Hornstein u. K. in folgender Reihenfolge: 1. Die Großh. Regierung um Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen zur Befreiung der im landwirthschaftlichen Betriebe nöthigen Scheuern, Ställe und Schuppen von jeder Steuer und Umlage (nach preußischem eventuell bayerischem Muster.)

Freiherr v. Hornstein begründet diesen Antrag damit, daß diese Gebäude bei uns zu hoch eingeschätzt seien und diese oft in Landgemeinden die Hälfte der Gebäudesteuer einbringen. In Bayern habe man die

Miethsteuer, in Preußen sind diese Gebäude von Steuer und Umlage frei. Diese Lasten seien bei uns auf die schwächsten Schultern gelegt und sie fallen um so mehr in's Gewicht, weil die Konkurrenten unserer Landwirthschaft im Auslande solche nicht kennen. Dadurch werde auch die Vergrößerung der Oekonomiegebäude verhindert, wenn solche nöthig erscheine, diese ungerechte Last auf unsere kleinen Landwirthe solle abgeschafft werden und er bitte, diesen Antrag gleich im Plenum zu berathen und der Regierung empfehlend zu überweisen.

Finanzminister Eisstätter bemerkt, der Antrag habe schon vor Jahren den Landtag beschäftigt, der Antragsteller damit aber kein Glück gehabt, sonst wollten auch die Gewerbtreibenden die Befreiung ihrer Hilfsgebäude, schließlich sollten noch die Wohngebäude befreit werden, weil wohnen doch auch kein Luxus sei. Die Zweite Kammer habe die Idee rundweg zurückgewiesen, das hohe Haus habe der Regierung die Erwägung anheimgegeben, ob vielleicht eine Ermäßigung möglich sei. Aus den angegebenen Gründen habe sich aber die Regierung ablehnend verhalten. Der Hinweis auf andere Länder könne er nicht gelten lassen, in Preußen werden aber die landwirthschaftlichen Betriebsgebäude doch indirekt zur Steuer herangezogen. Diese Gebäude seien keine Last, sondern nützen dem Besitzer. In Bayern habe man theils die Miethsteuer, theils die Arealsteuer, wobei diese Gebäude allerdings begünstigt sind. Dieses Beispiel könne er aber zur Nachahmung nicht empfehlen, weil es auf die Ertragsfähigkeit keine Rücksicht nehme, von einschneidender Wirkung auf unser Steuersystem wäre und der Vollzug große Schwierigkeiten hervorrufen würde, weil eine Neukatastrirung aller Gebäude nothwendig wäre. Bei einer Probe, die gemacht werden müßte, würde sich bald herausstellen, daß der Vortheil die Kosten nicht decke und für die meisten Gemeinden würde in finanzieller Beziehung ein Rückschlag eintreten, der um so schwerer wiegen würde, wenn dann auch die Gewerbetreibenden kämen. Er glaube, daß die Herabsetzung unserer Grundsteuer um 3½ Pf., wie vorgeschlagen, von größerem Vortheil für die Landwirthschaft sei.

Der Präsident fragt, ob die Sache jetzt zur Debatte komme oder an eine Kommission verwiesen werden solle.

Freiherr Ernst August v. Göler wünscht, man solle einstweilen in die Diskussion eintreten, dann werde es sich herausstellen, ob eine Kommissionsberathung nothwendig sei.

Kommerzienrath Diffené beantragt Verweisung an eine Kommission, wobei er vom Geh. Hofrath Dr. Meyer unterstützt wird, weil beide jetzt gegen den Antrag stimmen müßten, bei einer Kommissionsberathung behalten sie sich ihr Votum vor. Letzterer erklärte, daß der Antrag doch eine finanzielle Tragweite besitze und man ohnedies schon die Steuer ermäßige.

Freiherr Ferdinand v. Bodman hätte gegen eine sofortige Diskussion nichts einzuwenden. Doch wolle er Kommissionsberathung, weil doch die Frage einer Reform, event. Trennung der Gebäude- von der Grundsteuer zur Sprache kommen werde, wozu die Regierung allein das nöthige Material besitze.

Freiherr v. Göler zieht seinen Antrag zurück.

Landgerichtsdirektor Dr. v. Rotteck spricht sich ebenfalls für Kommissionsberathung aus.

Freiherr v. Hornstein bestreitet, daß landwirthschaftliche Gebäude den Ertrag steigern, auch gebe es landwirthschaftliche Betriebe ohne solche, wie die Steuerregister ergeben. Ungerecht sei es, daß die Betriebsgebäude mit den Wohngebäuden eingeschätzt sind, und betreffs der Gemeindebesteuerung würde nur eine Ungerechtigkeit beseitigt. Die indirekte Besteuerung in Preußen sei doch sehr gering und der Vergleich mit den gewerblichen Werkstätten treffe nicht zu, er habe aber nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die gleiche Nothwendigkeit bei denselben ergeben sollte. Er wünsche die preußische Ertragssteuer, welche die allein richtige sei. Er bittet um Abstimmung, ob Kommissionsberathung stattfinden solle oder nicht.

Der Antrag auf Kommissionsberathung wird mit großer Mehrheit angenommen.

Freiherr v. Hornstein begründet hierauf folgenden Antrag:

2. Großh. Regierung zu bitten, erwägen zu wollen, ob sich Angesichts der Handelsverträge nicht eine Aenderung des Weinsteuergesetzes empfiehlt.

Der Herr Redner verweist auf die günstigere Behandlung der importirten als der badischen Weine in Folge der Handelsverträge. Am liebsten wäre ihm die Beseitigung des Steuergesetzes mit seinen Mängeln und ungewissen Erträgen. Der Wein sei kein Luxusartikel, die landwirthschaftlichen Arbeiter gebrauchen denselben nothwendig. Die Kontrole sei sehr schwierig, absorbire den größten Theil der Einnahmen und ist mit vielen Chikanen verbunden, wie er schon selbst in seinem Betriebe erfahren. Wenn er seinen Arbeitern über 20 Liter Getränke auf das Feld schicke, gebrauche er vom Accisor einen Kontrollschein u. a. m. Dadurch sei das Urtheil über die Steuer selbst gesprochen, der Ausfall von ½ Million könne durch Erhöhung der Schanksteuer und der Patente wieder ausgeglichen werden. Er ersucht, diesen Antrag an die Weinsteuerkommission zu verweisen.

Da ein anderer Antrag nicht vorliegt, erfolgt die Ueberweisung.

Freiherr v. Hornstein begründet dann folgenden Antrag:

3. Die Großh. Regierung zu bitten, auf das Staatsbudget zu übernehmen die sämmtlichen Kosten der Feuerschau, der Farrenschau, der Kontrole und Fortführung der Lagerbücher, der Ortsbereisungen und Revisionen, der Aufsicht bei Ameliorationen (Be- und Entwässerungen, Wegebauten), welche im Kollektivwege vorgenommen werden. Der Herr Redner erklärt, diese Aenderungen seien im Interesse der Kleinbetriebe, um die Umlage herabzusetzen, die Kosten hierfür würden sich auch mindern, wenn sie aus einer Hand bezahlt würden. Die Feuerschau koste oftmals so viel, daß man neue Schornsteine dafür herstellen könnte. Es wäre auch genügend, die Feuerschau alle 10 Jahre vornehmen zu lassen, dann könnte man auch wirklich Sachverständige dazu verwenden, die Recht mit Billigkeit walten lassen. Es sei eine heillose Arbeit, die Lagerbücher in Ordnung zu bringen, weil die jährliche Kontrole fehlt, was viele Kosten verursache. Deßhalb solle die Fortführung auf die Staatskasse übernommen werden, der Löwenantheil sei ja von den Grundbesitzern längst bezahlt, deßhalb solle die Besoldung der Bezirksgeometer ganz vom Staate bezahlt werden. Die Kosten für die persönlichen Ortsbereisungen werden jetzt von der Staatskasse getragen, aber den Revident, welcher später kommt, müssen die Gemeinden bezahlen, ebenso die Ortsbereisungen wegen Kulturaufgaben. Auch diese Kosten sollte die Staatskasse übernehmen, wie es z. B. in Preußen der Fall bei den Landräthen. Die ganze auswärtige Thätigkeit der Beamten, welche die Aufsicht bei Ameliorationen führen, sollte auf Fixums beruhen und nicht auf Tagegeldern. Er hofft, daß allen diesen Mißständen abgeholfen werden könne, wodurch unsere ländliche Bevölkerung ohne größere Belastung des Staats entlastet werden könne, wahrscheinlich werden 110,000 Mk. genügen. Detailvorschläge wolle er nicht machen, er wolle die Sache nur der Regierung wohlwollend überwiesen haben. Es wird sofortige Berathung im Plenum beschlossen.

Ministerialrath Buchenberger gibt Namens seines Chefs die Erklärung ab, daß die Regierung die Punkte wohlwollend prüfen werde, ein Theil derselben werde voraussichtlich zur Ausführung gelangen, andere dagegen dürften größere Schwierigkeiten bieten und geradezu eine Aenderung bestehender Gesetze bedingen. Das aber sei nicht zutreffend, daß die Grundbesitzer den Löwenantheil bei der Katastervermessung bezahlt haben. Der Voranschlag hierfür, der 3 Millionen betragen, woran die Besitzer einen Antheil zahlten, sei weitaus überschritten worden und betrage schließlich 12—15 Mill., von dieser Ueberschreitung tragen diese nichts. Betreffs des Lagerbuchs zahlen die Gemeinden nichts als die Kosten der Abschrift und Fortführung, es sei zweifelhaft, ob man noch weiter gehen könne. Auch die Aufsicht bei Ameliorationen wird im Wesentlichen aus der Staatskasse bezahlt, es wird unentgeltlich Rath ertheilt und Pläne, Voranschläge kostenfrei geliefert, ebenso werden die Aufsichtskosten der Vorstände und höheren Beamten vom Staate getragen, nur die Kosten für die Kulturaufseher haben die Gemeinden oder Privaten zu tragen. Redner hätte gewünscht, daß diese Anträge auch an eine Kommission verwiesen würden, hat aber gegen diese Behandlung im Plenum nichts einzuwenden.

Freiherr Ferdinand v. Bodman rechtfertigt das Einbringen der Anträge, weil der Kleinbesitz einer Erleichterung seiner Lage bedürfe. Es solle eine Entlastung der Gemeinden stattfinden von solchen Abgaben, welche denselben kleinlich erscheinen und eine gewisse Mißstimmung hervorrufen. Grundsätzlich solle der Staat alle Auslagen für Staatsaufsicht tragen, nur dann sollen die Gemeinden herangezogen werden, wenn eine Besichtigung aus Strafe erfolgt. Die Kosten für die Feuerschau, darüber sei er mit dem Regierungsvertreter einig, sollen von der Brandkasse getragen und diese Schau besser koncentrirt werden. Dieser Theil der Lagerbücher soll auf Kosten des Staates bearbeitet werden, welcher die Grundlage zur Staatsbesteuerung abgibt. Mit den Ausführungen betreffs der Aufsicht bei Ameliorationen ist er vollständig zufrieden gestellt.

Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Dr. Wielandt ist mit den Ausführungen des Regierungsvertreters durchaus zufrieden gestellt. Er ist für Alles, was zur Entlastung der Gemeinden dient, auch für diese Anträge, wenn sie in der Form eingebracht würden: „Die Regierung zu bitten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Kosten hiefür in das Staatsbudget aufzunehmen seien." Was z. B. aber die Staatsaufsicht betrifft, so erfolge sie hauptsächlich im Interesse der Gemeinden und deßhalb sei billig, daß diese an den Kosten mittragen. Schon die Abhör der Gemeinderechnung würde dem Staat 110,000 M. kosten, er glaube aber, der Antrag habe nur die Gemeinde- und Kassenvisitationen im Auge. Weil man die Tragweite der Anträge heute nicht übersehen könne, solle man, wenn man keine Kommissionsberathung annehme, einen Antrag in seinem Sinne fassen.

Geheimer Hofrath Dr. Meyer hat Sympathie für die Anträge, doch solle man auch die Kehrseite betrachten, weil sie eine große finanzielle Tragweite haben. Es frage sich, wie der Ausfall hierwegen gedeckt werden soll und deßhalb empfehle er den Antrag des Vorredners.

Ein Antrag ist eingegangen, die Anträge der Regierung empfehlend zur Erwägung zu überweisen, dem auch der Antragsteller zustimmt, welcher angenommen wird.

Freiherr v. Hornstein begründet dann folgenden Antrag:

4. Die großh. Regierung um Vorlage einer Ergänzung zum Gemeinde- resp. Farrenhaltungsgesetz zu bitten, um die so ungleiche steuerliche Wirkung des letzteren auszugleichen.

Der Herr Redner glaubt, daß eine staatliche Farrenschau an Autorität gewinne, bedeutend billiger wäre und wohl auch im Jahre zweimal vorgenommen werden könnte, welche Nachschau zur besseren Kontrole wünschenswerth sei. Armenwesen, Schullasten und Wegekosten seien geregelt und erhalten Staatszuschuß, auch bei dem Farrenhaltungsgesetz wäre dies durchaus erwünscht, wenn man eine gleichmäßige Viehrasse erzielen wolle. Wenn jetzt zwischen begüterten Gemeinden mit guten Farren sich arme Gemeinden mit schlechten Thieren befinden, so sei dies dann nicht mehr möglich. Da sollten Kreis und Staat helfend eingreifen. Wenn die Farrenschau auch erkläre, diese oder jene Gemeinde habe ein schlechtes Thier, sei damit nicht abgeholfen, diese Frage sei bedeutend wichtiger als die Prämiirung, die er aber nicht abgeschafft wissen wolle. Redner stellt den Antrag, auch diesen Antrag auf Grund der Besprechung im Plenum der Regierung empfehlend zur Erwägung zu überweisen, mehr verlange er nicht.

Geh. Hofrath Dr. Meyer wünscht, daß zuerst der Regierungsvertreter sich darüber äußern möge.

Ministerialrath Buchenberger erklärt, der Staat trage jetzt schon die Kosten für den Regierungsvertreter bei der Farrenschau, die übrigen für die bürgerlichen Vertreter seien nicht bedeutend. Bei uns würde für die Kosten für die Farrenhaltung das gesammte Gemeindesteuerkapital herangezogen, nicht nur das der Viehbesitzer, für welche Anordnung uns andere Landwerthe beneiden. Wenn der Staat aber die Kosten für die Stiere übernimmt, müßte er sich auch die Aufsicht sichern und das würde zu einer Bevormundung der Gemeinden führen, da stets die Zustimmung des Staates eingeholt werden müßte. Der Staat könne aber Anregung betreffs der Farren-Aufzuchtsstationen geben und hierzu Beiträge bewilligen. Redner wünscht, diesen Antrag an eine Kommission zu verweisen.

Ein Antrag auf Verweisung an eine Kommission ist eingegangen und es wird, nachdem Freiherr von Hornstein seinen Antrag auf Berathung im Plenum zurückgezogen, angenommen.

Nach Wahl einer Kommission für die Volksschulvorlage wird die Sitzung geschlossen. Fortsetzung findet morgen statt.

Karlsruhe, 5. Februar.

23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Muser hätte es lieber gesehen, wenn die Kommission den Antrag auf empfehlende Ueberweisung stellen würde, statt auf Ueberweisung zur einfachen Kenntnißnahme. Die freisinnige Fraktion stelle daher den Antrag auf empfehlende Ueberweisung. Sie wollen den Frauen nicht bloß die Möglichkeit zum Studium schaffen, sondern erachten es für eine Pflicht; auch seien sie der Ansicht, daß nicht bloß Deutsche, sondern auch Ausländerinnen zugelassen würden. Wenn man ausländische Studenten zulasse, so müsse man dies auch den Studentinnen gewähren. Zur Zeit könne wohl von der Errichtung eines Gymnasiums für Mädchen Umgang genommen werden, aber nicht deßhalb, weil kein Bedürfniß dazu vorliege, sondern nur, weil die Gymnasiumsfrage sich noch in der Schwebe befinde. Nicht das Bedürfniß, nicht die Zweckmäßigkeit, sondern das Recht sei es, welches verlange, der Frauenfrage näher zu treten. Die Verhältnisse hätten sich geändert, die moderne Zeit sei eine andere geworden, deßhalb müsse der alte Standpunkt, „die Frau gehöre in's Haus" verlassen werden. Was das Bedürfniß nach weiblichen Aerzten betreffe, so habe er die Erfahrung, daß das berechtigte Schamgefühl manche Mädchen abhalte, rechtzeitig einen Arzt zu rufen. Diese Frage könne überhaupt nur von Frauen entschieden werden und solange das Ministerium nicht aus lauter Frauen bestehe, habe es nicht die Kompetenz, dies zu bestreiten. Es sei ein schlechter Trost für die Frauen, wenn ihnen die Regierung rathe, sie sollten Hebammen werden; mit demselben Rechte könne man auch sagen, junge Juristen und Aerzte sollten Lazarethgehilfen oder Kanzleigehilfen werden. Die Frauen würden dem Geldinteresse der Männer geopfert, wenn man sie, um eine Konkurrenz zu verhüten, vom Studium fernhalte. Dazu hätten die Männer kein Recht. Die Frauen seien gerade so gut wie die Männer Einwohner des Staates und deßhalb hätten sie das Recht, aus ihrer Existenz die Konsequenzen zu ziehen und zu verlangen, daß ihnen alles das zugestanden würde, was zu ihrem Unterhalte nöthig ist. Es könne hier nicht untersucht werden, wer mehr Pflichten habe, die Frauen oder die Männer, allein nach den Pflichten dürften die Rechte nicht vertheilt werden. Wir werden keinen Schritt vorwärts machen, wenn wir es der Großh. Regierung anheimgeben, diese gewaltige Rechtsfrage als eine Zweckmäßigkeitsfrage zu behandeln. Früher sei es angezeigt gewesen, die Frau auf den Stand der Hausfrau hinzuweisen, heute seien die Verhältnisse andere geworden; heute sei es geradezu grausam, zu sagen, Frau bleibe in der Hauswirthschaft, wo die ganze Organisation verlange, daß sie heraustrete. Wenn sich einzelne Studentinnen Excesse erlaubten, so dürfe man deßwegen nicht den ganzen Stand von etwas ausschließen; ferner sei nicht zu vergessen, daß nicht bloß ledige, sondern auch verheirathete Frauen auf den Erwerb angewiesen seien, indem sie Angehörige ernährten, oder den Mann im Erwerb des Lebensunterhaltes unterstützen. Leider nützten alle Beweise nichts, so lange ein großer Theil der Menschen von dem Vorurtheil befangen sei, die Frau müsse eine eigene untergeordnete Lebensstellung einnehmen. Der Mangel an Humanität sei der Grundfehler, der die Gerechtigkeit nicht zum Ausdruck kommen ließe.

Abg. Lauck spricht seine Befriedigung darüber aus, daß von dem Vorredner nicht vorgeschlagen wurde, die Frauen auch zur Theologie zuzulassen. In humoristischer Weise weist Redner darauf hin, wie es später einmal aussehen würde, wenn die Frauenfrage verwirklicht würde, und bemängelt in treffender Weise die verfehlte Erziehungsmethode unserer Töchter im gebildeten Mittelstand. Die Tochter besucht bis zum 16. oder 17. Jahre das Institut, lernt sticken, stricken, häkeln, kommt dann nach Hause, lernt tanzen, besucht Bälle und kommt schließlich zum Heirathen und zeigt sich da recht unfähig. Daher komme es, daß so viele junge Männer ledig bleiben. Eine tüchtige Hausfrau sei das beste Kapital, das in eine Familie kommen kann, das sich am besten verzinst; aber diese seien selten. Der Frauenverein möge dafür sorgen, daß die Zahl dieser Frauen wieder vermehrt werde. Die Hausmutter sei der beste Professor, das Haus die beste Universität. Wenn diese Mittel nicht helfen, dann könnte man sich auch später eingehender mit der Frauenfrage beschäftigen, heute aber bitte er, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Buol verwahrt sich dem Abg. Muser gegenüber, als ob das Centrum mit einer gewissen Voreingenommenheit die Frage behandle. Er stimme mit dem Abg. Muser darin überein, daß die Frage nicht als Zweckmäßigkeits-, sondern als Rechtsfrage zu betrachten sei, doch sei dies auch nicht vollständig, denn wo die gleichen Vorbedingungen nicht vorhanden seien, könne auch von ganz gleichen Rechten die Rede nicht sein. Insbesondere müsse die Frau vom politischen Leben vollständig ausgeschlossen bleiben. Ihre Hereinzerrung bedeute eine Schädigung ihres Ansehens. Sobald man sich einmal auf diese schiefe Ebene begebe, komme man immer weiter, das zeige recht deutlich die socialdemokratische Partei, welche erst in der jüngsten Zeit den letzten Schritt in dieser Hinsicht machte, indem sie für die Frauen absolute Freiheit verlangte. Den Socialdemokraten sehr nahe ständen, wie die Verhandlungen im Reichstage gezeigt hätten, die Freisinnigen. Die Annahme der Förderung der Petition sei ihm nicht möglich, im Uebrigen sehe er nicht ein, warum nicht auch die Zulassung zu anderen als den bezeichneten Fächern verlangt werde. Was die Fürsorge für die Frauenwelt betrifft, sei ihr schon ein großer Kreis von Berufen eröffnet, und dieser könne wohl noch erweitert werden. Was die Konkurrenz betreffe, so befürchte er dieselbe wenig, er habe sogar nichts dagegen, wenn einzelne Spezialistinnen sich da und dort niederließen. Redner will sich seine Abstimmung noch vorbehalten, wenn er auch zugestehen muß, daß er bei sorgfältiger Prüfung mehr zum Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung hinneige. Ganz könne man die Bedürfnißfrage aber auch nicht außer Acht lassen. Es ständen in Baden viele Berufszweige für Frauen offen, ohne daß sich Bewerberinnen dafür fänden. Auch befinde sich unter den Petentinnen keine einzige Badenerin. Ferner sei, wenn darauf hingewiesen werde, daß eine große Anzahl lediger Frauen sterbe, zu beachten, daß die gleiche Zahl auch bezüglich der ledigen Männer zutreffe. Die Frage, warum die Verehelichungen überhaupt zurückgegangen, sei viel wichtiger als die Frauenfrage allein. Er stimme deßhalb doch für den Antrag Lauck u. Gen. für Uebergang zur Tagesordnung.

Ministerialrath Arnsberger bemerkt, daß die Großh. Regierung der Ausbildung des weiblichen Geschlechtes die größte Aufmerksamkeit schenke, und sie habe in dieser Richtung auch alle Vorgänge in anderen Ländern genau verfolgt. Der Standpunkt der Regierung entferne sich nicht wesentlich von dem der Kommission, wenn auch nicht verheimlicht werden dürfe, daß die Regelung der Sache nicht so schnell herbeigeführt werden könnte, wie dies die Kommission vielleicht hoffe. Selbstverständlich sei, daß gegebenen Falles an die Damen die gleichen Anforderungen bezüglich der Examina zu stellen seien, wie an das männliche Geschlecht; im Gegentheil würde die Prüfung noch schwieriger gestaltet werden müssen; große Enttäuschungen werden dann nicht selten sein, indem manche Mädchen sich vergebens den größten Anstrengungen unterzogen haben, wenn sie die Prüfung nicht bestehen. In dieser Beziehung nehme die Regierung eben doch eine gewisse Verantwortung auf sich. Es sei deshalb bedenklich, junge Mädchen auf eine Laufbahn hinzuweisen, die sie später eventuell doch nicht praktisch betreten können. Auch sei zu beachten, daß sich die beiden Landesuniversitäten gegen die berechtigte Theilnahme von Frauen an den Vorlesungen ausgesprochen. Nur in einem Falle sei in Heidelberg eine Ausnahme davon gemacht worden, allerdings unter dem Ausdruck erheblicher Bedenken. Am Wohlwollen der Regierung zu dieser Frage ändern jedoch diese Bedenken nichts, aber sie erachte es als ihre Pflicht, dem Agitiren und Drängen entgegen zu treten.

Abg. Rüdt ist zwar nicht mit dem Kommissionsantrag zufrieden, aber er freut sich doch über das, was durch denselben ausgesprochen wird. „Gleiches Recht für alles, was Menschenantlitz trägt", diesen Grundsatz wende die Socialdemokratie bezüglich der Frauenfrage an. Nicht Gnade und Opportunität, sondern das Recht müsse hier maßgebend sein. In geistiger Hinsicht stehe die Frau dem Manne nicht nach, in moralischer Hinsicht übertreffe sie denselben aber bedeutend. Er bittet insbesondere die freisinnigen und liberalen Elemente für den Antrag zu stimmen.

Abg. Kiefer glaubt, daß die Kommission den rechten Weg beschritten habe. Er sei von den rechtlichen Gründen ebenfalls überzeugt, allein die Zweckmäßigkeitsgründe dürften auch nicht unberücksichtigt bleiben, wenn man nicht stolpern wolle. Nach seiner Ansicht nehme der Abg. Rüdt einen viel klügeren Standpunkt ein als Muser. Das Verhalten des Oberschulrathes sei ihm etwas rückwärts, doktrinär vorgekommen, er zweifle deßhalb an dem vollen und ganzen Wohlwollen, das die Regierung der Sache entgegenbringe. Die Leistungen, insbesondere der barmherzigen Schwestern, beweisen ihm, daß auch in physischer Hinsicht das weibliche Geschlecht in der Lage sei, die Strapazen des Studiums zu ertragen. Mit der Rede des Abg. Lauck ist Redner sehr unzufrieden, sie zeige von einem allzu großen männlichen Egoismus, jene Frauen, welche den ernsten Weg des Studiums betreten wollen, seien nicht die schlechtesten; im Gegentheil, manche derselben kämen in die Lage, für die Ihrigen, selbst für den Vater zu sorgen. Hier handle es sich um Gerechtigkeit, um eine wirklich humane That, deßhalb bitte er die Regierung der Sache ihr Wohlwollen zuzuwenden.

Der großherzogliche Regierungsvertreter betont wiederholt das aufrichtige Wohlwollen, das die Regierung der Sache entgegenbringt, und widerlegt einige Behauptungen Kiefer's.

Von verschiedenen Abgeordneten geht ein Antrag auf Schluß der Debatte ein, derselbe wird in namentlicher Abstimmung, da eine andere ergebnißlos verlief, angenommen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Lauck gegenüber den Abgg. Kiefer und Rüdt und nach einem Schlußwort des Berichterstatters Dr. Schlusser wird der Antrag der Kommission auf Ueberweisung zur Kenntnißnahme genehmigt.

Nächste Sitzung morgen Vormittag 9 Uhr.

Lokales.

Karlsruhe, 6. Februar.

⊙ **Kathol. Gesellenverein.** Damit auch „Frohsinn und Scherz" im Gesellenhause zu ihrem Rechte kommen, hat der Verein am letzten Sonntag wieder einmal zwei humoristische Theaterstücke vor seinen zahlreich erschienenen Freunden und Gönnern zur Aufführung gebracht. Dieselben wurden sehr beifällig aufgenommen und werden morgen Abend wiederholt (siehe Inserat). Wir wollen hier noch besonders darauf aufmerksam machen.

✕ **Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.** Zu der am Sonntag, den 7. Februar, Abends ½8 Uhr im großen Saale des Vereinsheims „Burg Zähringen" stattfindenden Theateraufführung, machen wir unsere Mitglieder sowie Ehrenmitglieder, Freunde und Gönner des Vereins noch ganz besonders aufmerksam.

Großh. Hoftheater. Das Schauspiel bringt in der folgenden Woche zwei Wiederholungen, am Dienstag, den 9., „König Heinrich V.", am Donnerstag, den 11., „Die Großstadtluft". In der Oper gelangt am Sonntag, den 7., „Der Postillon von Lonjumeau" mit dem Ballet „Sonne und Erde" und am Freitag, den 12., „Die weiße Dame" zur Aufführung. Für Sonntag, den 14., ist ein einmaliges Gastspiel von Theodor Reichmann als „Tell" in Rossini's gleichnamiger Oper in Aussicht genommen. Im Stadtgartentheater wird am Sonntag, den 7., „Er muß auf's Land" und am Sonntag, den 14., „Roderich Heller" gegeben werden. Die Erstaufführung von Shakespeare's „König Heinrich VI." ist auf den 19. Februar angesetzt.

— **Der Besuch des Stadtgarten-Theaters** ließ, was die billigeren Preise betrifft, vergangenen Sonntag nichts zu wünschen übrig. Um nun aber auch für die besseren Plätze, besonders das Parterre, einen größeren Zuspruch zu erzielen, hat man die Preise abermals reduzirt und so Vielen, die sich an den vortrefflichen Leistungen unserer hiesigen Schauspieler erfreuen möchten, den Besuch erleichtert. Die Akustik ist vortrefflich, das Theater gut ventilirt und geheizt, so recht behaglich, und so dürfte denn nichts fehlen, um die schon früher an dieser Stelle erwähnte Absicht der Intendanz in Erfüllung gehen zu sehen; wir können den Besuch nur bestens empfehlen.

— **Richtigstellung.** Seit einigen Tagen cirkulirt in hiesiger Stadt das Gerücht, daß eine vor wenigen Wochen verstorbene Industrielehrerin, welche am Typhus erkrankt war, und deren Leiche in der Leichenhalle des neuen Friedhofes aufgebahrt lag, des Nachts wieder erwacht sei und noch einige Stunden gelebt habe. Von competenter Seite wird uns mitgetheilt, daß an dieser „Geistergeschichte" mit all' ihren ausführlichen Beschreibungen auch kein einziges wahres Wort und dieselbe völlig aus der Luft gegriffen ist.

— **Verhaftet.** Ein Schreiner Simon von Koblenz wurde wegen Unterschlagung in's Amtsgefängniß abgeführt.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebot: 4. Febr. Josef Kußmann von Bruchsal, Schleifer hier, mit Helene Abendschön von Freiolsheim.

Eheschließungen: 4. Febr. Friedrich Scheffel von Engthal, Schuhmacher hier, mit Katharina Mößner von Adelshofen. — Friedrich Breuk von Bilfingen, Reserveheizer hier, mit Josefine Eßwein von Ersingen. — Wilhelm Pfund von Mölbig, Oberhoboist hier, mit Klara Köster von Hambruck. — Gottlieb Kauffmann von Döfingen, Bäcker hier, mit Eleonora Jung von Spessart.

Geburten: 29. Jan. Josef Heinrich, Vater Heinrich Kühn, Schreiner. — 31. Jan. Otto Karl, Vater Ferd. Jos. Stengel, Schlosser. — 1. Febr. Friedrich Wilhelm, Vater Wilh. Ottenbacher, Mechaniker. — Adalbert Friedrich, Vater Adalbert Gottschammer, Schreiner. — Hermann Friedrich Rudolf, Vater Karl Bachmann, Wagenwärtergehilfe. — 2. Febr. Ilse Karoline Klara Luise, Vater Horst v. Saucken, Rittmeister. — Bertha Josefine, Vater Ferdinand Lorenz, Fabrikarbeiter. — Maria Paula, Vater Josef Reinfried, Privatier. — 3. Jan. Anna Josefina, Vater Emil Löwi, Kaufmann. — 4. Jan. Walther Ernst Friedrich, Vater Friedr. Diehm, Revident. — Emil Albert, Vater Joh. Weber, Schuhmacher. — Karoline, Vater Johann Schwender, Wagenwärtergehilfe.

Todesfälle: 2. Febr. Christine Heidenreich, Händlerin, ledig, alt 61 Jahre. — 3. Febr. Erwin, alt 12 Tage, Vater Heinrich Längerle, Schutzmann.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Biberach,
Württemberg.

Etwaige männliche katholische Nachkommen hiesiger Patrizier werden hiemit zur Bewerbung um das pro 1891/92 zu vergebende Joseph Scherrich von Auerdorf'sche Studienstipendium binnen vier Wochen à dato eingeladen. 3.3

Den 24. Januar 1892.

Scherrich v. Auerdorf'sche Stiftungsverwaltung:
Ackermann.

Ich wohne jetzt
Steinstraße 29 II.,
im Hause des Herrn Weinhändler Fischer.
Sprechstunden: 8—9 Uhr. 2½—4 Uhr.
Dr. Fischbach, prakt. Arzt.

Am Montag, den 22. Februar d. J., Nachmittags 3 Uhr, wird am Platze selbst das nachgenannte
Massenbach'sche Fabrikanwesen,
dahier im Auftrage des Eigenthümers einer freiwilligen Versteigerung unter **günstigen Zahlungsbedingungen** ausgesetzt:

93 ar 81 qm Haus- und Hofraite und Garten — letzterer zu Bauplätzen geeignet — an der Eisenbahnstraße nahe der Bahnstation dahier mit daraufstehenden, in gutem Zustande befindlichen dreistöckigem Wohnhaus u. geräumigen Fabrikgebäuden.

Die Fabrikgebäude enthalten u. A. zwei Arbeitssäle von je 35 m Länge und 28,4 m Breite, zwei Dampfkessel, Dampfmaschinen mit Zubehör, Transmissionen, Dampfheizung und Gasleitungen, eine Färbereieinrichtung und große Magazinräume nebst Arbeiterwohnungen.

Arbeitskräfte, namentlich weibliche, sind hier und in der Umgegend reichlich vorhanden.

Das Anwesen, das sich zu jedem Gewerbebetrieb eignet, kommt in mehrere Loose getheilt und im Ganzen zum Ausgebot und kann jederzeit eingesehen werden, zu welchem Zweck man sich an Herrn W. Weaag hier wenden wolle, welcher auch jede weiter gewünschte Auskunft ertheilt. 8.2

Die Bedingungen können vor dem Versteigerungstermin bei dem Bürgermeisteramt dahier eingesehen werden.

Bühl, den 24. Januar 1892.
Das Bürgermeisteramt.

General-Agent
für größeren Bezirk von einer deutschen Lebens-, Aussteuer-, Renten- und Wehrdienst-Versicherungs-Gesellschaft bei hohen Bezügen gesucht. Offerten mit Angabe von Referenzen sowie des bisherigen Wirkungskreises und der erzielten Resultate erbeten unter 138 G. N. durch Haasenstein und Vogler, A.-G., Berlin S.-W. Diskretion zugesichert.

Kassenschränke
in nur bester Qualität bei
Wilh. Weiss,
Karlsruhe, Erbprinzenstraße 24. 15

Brüsseler Corsets
aus der
Manufacture Royale P. D.
Motto: Bien faire et laisser dire.
Niederlage bei 5.2
R. Halle, Kaiserstr. 96.

Korkstopfen,
jeder Gattung und Größe, in guten Qualitäten, liefert billigst und schnell die Korkstopfenfabrik von **K. A. Peter,** 105 Karlsruhe, Herrenstraße 53.

Gänselebern
werden fortwährend angekauft: Kreuzstraße 16, 1 Stiege hoch. 70

Gottesdienst.

Sonntag, den 7. Februar 1892.

Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.
6½ Uhr Frühmesse.
7½ Uhr hl. Messe.
8½ Uhr Militärgottesdienst: Herr Divisionspfarrer Berberich.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Keller.
11½ Uhr Kindergottesdienst: Herr Kaplan Jester.
2½ Uhr Christenlehre.
3 Uhr Bruderschafts-Andacht.

Liebfrauenkirche.
6½ Uhr Frühmesse.
8½ Uhr Kindergottesdienst.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Bopp.
3 Uhr Corporis Christi-Bruderschaft.

Katholische Pfarrkirche im Stadttheil Mühlburg.
Früh ½7 und ½8 Uhr Austheilung der heiligen Kommunion.
9½ Uhr Hauptgottesdienst.
2 Uhr Christenlehre und Corporis Christi-Bruderschafts-Andacht.

Ettlingen.
6 Uhr Frühmesse.
8 Uhr Schülergottesdienst mit Homilie.
9½ Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt.
1½ Uhr Christenlehre für die Mädchen.
2 Uhr Bruderschaftsandacht vom allerheiligsten Altarsakrament.

60,000 Mk. auf beste Bürgschaft
ganz oder getheilt, jede Mark, jede Marke ist willkommen!

„Wer den Armen gibt, leiht dem Herrn auf Wucher." Spr. 19, 17. Genügt Dir diese Bürgschaft? Sende Dein Scherflein zum dringend nothwendigen Kirchenbau nach dem so armen 8.8

Langendernbach auf dem **Westerwald,**
an den Pfarrer **Dr. Luschberger.**

NB. Monatlich halten wir am Herz-Jesu-Freitag ein Amt für unsere Wohlthäter.

Unterricht für Herren, Damen und Kinder.
Soll. Kaufm. Buchführung (einf. u. dopp.), Rechnen, Correspondenz 2c. **Haben.**
Schön- und Geläufig-Schreiben,
eigene wissenschaftlich begründete Methode,
sowie baldige sichere
Heilung des Schreibkrampfes:
Krampf, Zittern, Ermüden, Schwerfälligkeit, Schmerz etc.,
ohne Unterschied des Alters der Person, wie der Bestehungszeit des Leidens.
Atteste und Referenzen über rationelle Heilungen **langjähriger** Schreibkrampfes werden auf Verlangen mitgetheilt. 10.2
Otto Autenrieth, Douglasstraße 28, 2. Stock.

Ich empfehle als sichere und noch sehr billige Kapitalanlage die
Pommersche Hypothekenbank,
Vorzugsaktien à 108½%.
Stücke à Mark 1200.—,
welche pro 1891 wieder 6% **Dividende** bringen und bei der bedeutenden Geschäftsentwicklung dieser bestgeleiteten Hypothekenbank einer successiven Courssteigerung entgegengehen werden.
Albert Schwarz, Stuttgart,
Bankgeschäft, Kronenstrasse 33.

Die Weinhandlung
von **G. Nottermann,** Zirkel 33a, Keller: Waldstraße 11, **Karlsruhe,**
empfiehlt ihre reingehaltenen **Tischweine** in Gebinden von 20 Liter an zu 45, 50, 55, 60, 70, 80 und 90 Pf.
Rothweine von 80 Pf. an. 6.6

Ausverkauf
wegen Lokalwechsel.

Damen- und Kinderhemden u. Hosen, Damen-Nachtjacken, Damen- und Kinder-Schürzen	wegen gänzlicher Aufgabe des Artikels zu Herstellungs-Preisen.
Herren-Hemden, Jacken, Hosen, Kragen, Manschetten, Cravatten 2c. 2c.	mit 10 Prozent Rabatt.

Adolf Honsel, 227 Kaiserstraße 227.

Friedrich Kiefer,
Philipp Vomberg's Nachfolger,
Linkenheimerstraße 15, Eingang Bismarckstraße,
empfiehlt 2.1
Ruhrkohlen, alle Sorten, **Anthracit- und Saarkohlen, Coaks, Braunkohlenbriquettes,**
Buchen-, Tannen- und Forlen-Brennholz.
Prompte und reelle Bedienung. Billigste Preise.

Brauerei Schrempp
Karlsruher Colosseum.
Direktion: C. Carlsen, artistischer Leiter Herr Hofmann-Castelly.
■ **Sonntag 2 große Gala-Vorstellungen** ■
mit ganz **neuem** Künstler-Personal.
Anfang 4 und 8 Uhr.
Dutzendkarten im Vorverkauf bei Herrn Schneider, Cigarrenhandlung, Ecke der Kaiser- und Waldstraße. Jeden Sonn- und Feiertag Billetvorverkauf an der Kasse von 11—12 Uhr Vormittags.

Theater- und Maskengarderobe.

Neue elegante
Costüme und Dominos
für Herren und Damen
sind leihweise zu haben bei 5.1
Karl Kah,
Maskenverleihgeschäft, Karlsruhe, 45 Herrenstraße 45.

Aufruf.

Die Gemeinde **Bischweier,** Pfarrei Rothenfels, hat mit 645 Einwohnern nur ein kleines baufälliges Kapellchen, das längst schon den religiösen Bedürfnissen der Gemeinde in keiner Weise mehr entspricht. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt sollte das Kirchlein gesundheitshalber polizeilich geschlossen werden. Die Gemeinde soll und muß daher in allernächster Zeit an den Neubau einer gotteswürdigen Kirche denken. Die meisten Leute aber sind arm und können nur dann ihr Werk zur Vollendung bringen, wenn edle Wohlthäter sich ihrer annehmen und sie unterstützen.

Um die nöthigen Mittel zu fraglichem Neubau zu beschaffen, soll mit hoher Genehmigung des Ministeriums des Innern — vom 6. November d. J., Nr. 26,914 — eine Lotterie von freiwilligen Gaben stattfinden.

Wir sprechen daher die herzliche und dringende Bitte aus, uns geeignete Gaben zuwenden zu wollen. Zur Empfangnahme solcher Gaben sind berechtigt und gerne bereit:

in **Karlsruhe** die Herren: Mechaniker **Wend. Kupferschmied,** Leopoldstr 11, Buchbinder **Franz Jirk,** Schützenstr. 40 und **Theodor Schitt,** Buchhalter, Lessingstraße 1.
in **Baden-Baden** der hochw. Herr Pfarrverweser **Isemann,** im katholischen Pfarrhaus;
in **Rastatt** die Herren: Kaufmann **Gräßinger, Schäfer** und **Reinbold;**
in **Kuppenheim** die Herren: Kaufmann **Jäger** und **Stricker;**
in **Bischweier:** das **Bürgermeisteramt.**

Oder auch sende man die Gegenstände bezw. Geldspenden direkt an Unterzeichneten, wofür wir dem Geber zum Voraus ein herzliches Vergelt's Gott sagen.

Mit dem 15. Februar d. J. wird die Gabensammlung geschlossen.

Das vorbereitende Comité.

Der Vorstand: **Strommayer,** Dekan.

Vollständiger Ausverkauf.

Wegen Umbau unserer Geschäftsräume muß das Waarenlager bis zum 15. Februar vollständig geräumt sein.

Wir verkaufen daher von heute an sämmtliche Waaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen und theilweise weit unter dem Fabrikpreis.

Hamburger Engros-Lager 2.1
Herm. Sobernheim & Co.

Für die Frühjahr-Saison! **Eingetroffen:** Für die Frühjahr-Saison!
Regenmäntel, Radmäntel und Jaquettes
in großer Auswahl zu den billigsten und festen Preisen empfiehlt
E. Neu, Damen-Mäntel-Fabrik,
Kaiserstrasse 74, am Marktplatz. 2.1

Beste und billigste Bezugsquelle für garantirt neue, doppelt gereinigt u. gewaschene, echt nordische
Bettfedern.
Wir versenden zollfrei, gegen Nachn. (jedes beliebige Quantum) gute neue Bettfedern per Pfund für 60 Pfg., 80 Pfg., 1 M. u. 1 M. 25 Pfg.; feine prima Halbdaunen 1 M. 60 Pfg.; weiße Polarfedern 2 M. u. 2 M. 50 Pfg.; silberweiße Bettfedern 3 M., 3 M. 50 Pfg., 4 M., 4 M. 50 Pfg. u. 5 M.; ferner: echt chinesische Ganzdaunen (sehr füllkräftig) 2 M. 50 Pfg. u. 3 M. Verpackung zum Kostenpreis. — Bei Beträgen von mindestens 75 M. 5% Rabatt. — Etwa Nichtgefallendes wird frankirt bereitwilligst zurückgenommen.
Pecher & Co. in **Herford** i. Westf.

Verzinkte Drahtgeflechte
in bekannten prima Qualitäten für Einfriedigungen aller Art, nach **jeder beliebigen Maaßangabe.**
Raschefte Bedienung, billigste Preise bei 20.4
Heinrich Weihrauch,
Drahtflechterei,
Eberbach (Baden).

Sardinen, Boß-Cölll,	Mk. 2.50
Rollmöpse, „	Mk. 2.50
Bismarckhäringe ohne Gräten 4 Ltr.-Dose	Mk. 2.40
2 Ltr.-Dose	Mk. 2.3
Kieler Bücklinge, Kistchen 50 Stück	Mk. 2.26
Nürnberger Ochsenmaulsalat, 10 Pfd.-Fäßchen Mk. 3.20	

versendet in frischer Waare unter Nachnahme **Fisch- und Räucherhandlung**
A. Rehm,
Spitalstraße 19, Karlsruhe. 11

Eine Person gesetzten Alters wünscht Stelle zu nehmen bei einem geistlichen Herrn; dieselbe hat ähnliche Stelle schon versehen. Gefl. Offerten unter Nr **66** an die Expedition ds. Bl. erbeten. 3.1

Katholischer Männerverein
Constantia.
Zu dem am Sonntag den 14. ds., Abends 7 Uhr, im Saale zum „Weißen Bären" stattfindenden
Tanzkränzchen
werden die Mitglieder nebst Familienangehörigen hiemit höflichst eingeladen.
Das Erscheinen in Kostümen ist erwünscht. 2.1
Der Vorstand.

Katholischer Gesellenverein
Karlsruhe.
Sonntag, den 7. d. M., Abends 8 Uhr, findet im Gesellenhause **Theatervorstellung** statt: 2.2
1. **In der französischen Grenze.**
2. **Müller, Müller, Müller!**
Zu recht zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Katholischer Arbeiterverein
Karlsruhe.
Sonntag, den 7. Februar, Abends halb 8 Uhr, findet im Vereinsheim „Burg Zähringen", Marienstraße 16, eine Theateraufführung statt.
Die Eroberung der Burg Hohenasp.
Ein Ritterschauspiel in drei Aufzügen.
Der Pechpeter.
Schwank in einem Akt.
Kassenöffnung halb 7 Uhr.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Der Vorstand.
NB. Anfrage, Anmeldungen neuer Mitglieder von 6—½8 Uhr im untern Eßzimmer bei der Arbeiterküche.

Kaiser-Panorama.
99 Kaiserstraße 99.
Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Eintrittspreis 30 Pfg. Kinder 20 Pfg. Abonnements 5 Reisen Mk. 1.—.
Vom 7. Februar bis mit 13. Februar:
Taunus-Bäder. Ahr- und Lahn-Thal.
I. Cyclus.

Festhalle.
Sonntag, den 7. Februar 1892, Nachmittags 4 Uhr:
Volksthümliches Concert
unter freundlicher Mitwirkung einer bekannten
Tyroler Sänger-Gesellschaft,
gegeben von der Kapelle des Badischen Leib-Grenadier-Regiments.
Musikdirigent: Boettge.
Eintritt: Abonnenten 20 Pfg, Nichtabonnenten 50 Pf.

Großherzogliches Hoftheater.
Sonntag, den 7. Jan. 22. Abonnem.-Vorstellung. **Die Jüdin.** Große Oper in fünf Akten nach dem Französischen des Eugen Scribe von J. v. Seyfried. Musik von Halevy. Anfang 6 Uhr.

Stadtgartentheater Karlsruhe.
Sonntag, den 7. Febr. 2. Vorstellung. **Er muß auf's Land.** Lustspiel in drei Akten nach dem Französischen von Friedrich. Anfang 4 Uhr.

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Küttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg